

Ein fauler Kompromiss

Politik aktuell: Aktuelle Kürzungen im EU-Haushalt gefährden nicht nur die Jugendbeschäftigungsinitiative in Krisenländern. Auch in Deutschland werden erfolgreiche Förderprogramme beendet



Geöffnete Regenschirme verdunkeln Fensterfront des Europäischen Rats

Strukturfonds sollen das Entwicklungsgefälle zwischen den Regionen und den Mitgliedsstaaten reduzieren. Dadurch soll der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt der EU gestärkt werden. Auch Deutschland wird auf fast 40 Prozent der bisherigen EU-Förderungen für neue Programme verzichten müssen. Griechenland wird ab nächstem Jahr 30 Prozent weniger Mittel als in der noch laufenden Förderperiode erhalten, für Spanien beträgt das Minus 25 Prozent, für Portugal rund zehn Prozent.

Schwerpunkt Jugendarbeitslosigkeit

Die geförderten Regionen werden in der neuen Förderperiode bis 2020 dazu verpflichtet, einen Schwerpunkt auf die "Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" zu setzen, damit die Kürzungen die Beschäftigung junger Menschen nicht noch mehr gefährden. Drei Milliarden Euro aus dem Europäischen Sozialfonds ESF, einer der Strukturfonds, sind für Krisenstaaten mit einer Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent in den neuen Programmen zweckgebunden. Wenn die Programme, für die die Mitgliedsstaaten eine Förderung beantragen, prioritär der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit dienen, erhalten die Länder von der EU die gleiche Summe oben darauf. Denn weitere drei Milliarden Euro sind in den EU-Fonds für die Jugendbeschäftigungsinitiative zweckgebunden, bevor das Geld an alle EU-Regionen entsprechend ihrer Benachteiligungskategorie und des ausgehandelten Verteilerschlüssels vergeben wird. Diese drei Milliarden werden aus einer eigenständigen Haushaltslinie „Jugendbeschäftigung“ genutzt.

Ein fauler Kompromiss

Verglichen mit den 160 Milliarden, die bislang bei der sogenannten „Griechenland-Hilfe“ zur Rettung griechischer und ausländischer Banken eingesetzt werden, sind die beschlossenen 6 Milliarden für die Jugendbeschäftigungsinitiative mickrig, wie Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments, zu Recht **kritisiert**: „Menschen sind mindestens so relevant wie Banken.“ Immerhin haben auch Experten der „Internationalen Arbeitsorganisation“ (ILO), einer Unterorganisation der UNO berechnet, dass mehr als das Dreifache **nötig ist**, um die Jugendarbeitslosigkeit in den EU Staaten tatsächlich wirkungsvoll bekämpfen zu können.

Durch die neue Schwerpunktsetzung steigt bei der Fördermittelvergabe zudem der Konkurrenzdruck für andere Projekte. Wenn die Jugendbeschäftigungsinitiative bevorzugt wird, kann in das nachhaltige Wachstum anderer sozialer Bereichen, wie in Hilfsprojekte für Frauen, alte Menschen, Behinderte oder im Gesundheits- und Pflegebereich weniger investiert werden. Auch können Krisenländer mit weniger EU-Förderungen als in den Vorjahren insgesamt weniger in Wachstums- und Beschäftigungspotenzial investieren. Überlegungen der EU-Parlamentarier, wie die ehrgeizigen Ziele der Wachstumsstrategie "Europa 2020" noch erreicht werden können, führten zu einem Kompromiss, mit dem viele EU-Abgeordnete unzufrieden sind. Gabi Zimmer, Fraktionsvorsitzende der GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament, **erklärte** so am 3. Juli: "Mit einem historisch erstmalig gekürzten und strukturell rückwärtsgewandten Haushalt ist die EU den Herausforderungen der Krise nicht gewachsen."

Kürzungen bei erfolgreichen Programmen zur beruflichen Eingliederung in Deutschland

Ein erfolgreiches Programm zur beruflichen Eingliederung, das für EU-Förderungen prädestiniert ist und bei dem eine neuerliche Förderung durch EU-Mittel regelmäßig überlegt wurde, wird zukünftig nicht mehr gefördert. Seit 2006 gibt es im Bundesministerium für Bildung und Forschung das Programm **Akademiker/innen qualifizieren sich für den Arbeitsmarkt**. Dieses wird seit jeher von der Otto-Benecke-Stiftung umgesetzt und wurde in den Jahren 2006 bis 2008 auch mit ESF-Mitteln gefördert. Rund 4.000 Förderungen wurden über die einzelnen Jahre vergeben. Mittlerweile gibt es 30 Studienergänzungen, die als spezielle Weiterbildungen an Hochschulen mit sehr unterschiedlichen fachlichen Bezügen (von der Umwelttechnik über Logistik und Produktionsmanagement bis hin zu Social Media) entwickelt und durchgeführt werden. Rund 80 Prozent der Teilnehmenden haben Migrationshintergrund und kommen aus über 60 Nationen. Rund 90 Prozent der Teilnehmenden sind Langzeitarbeitslose bzw. Berufsrückkehrer/innen. Mit einer Vermittlungsquote von 60 Prozent in dieser Zielgruppe ist das Programm als überaus erfolgreich einzustufen. Dennoch soll es Ende September auslaufen.

Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und drohende Kürzungen auch beim Instrument der Verwaltungspartnerschaften

Auch in den Fördertöpfen der EU-Annäherungs-Programme, die sich nicht aus dem Strukturfonds speisen, sondern der EU als globalen Akteur dienen, gibt es **Ausschreibungen** für Verwaltungspartnerschaften, die Arbeitslosigkeit in Mitgliedsländern Europas zu bekämpfen. Bei so genannten Verwaltungspartnerschaften oder „Twinning“ setzen sich Praktiker aus den Mitgliedsländern mit den Praktikern in EU-Nachbarländern zusammen, um anstehende Probleme zu besprechen und nach Finanzierungsmodellen zu suchen. Deutschland hat mit über 700 Projektpartnerschaften seit 1998 einen Spitzenplatz unter den 27 EU-Mitgliedsstaaten im Twinning. Auch 2013 konnten deutsche Behörden Twinning-Projekte für sich gewinnen, die unter anderem in Algerien, der Ukraine und im Kosovo realisiert werden.

Zukünftige Kürzungen des Budgets sieht Margarita Wiese, Geschäftsführerin des Unternehmens **EU-Projekt**, auch für den Förderbereich von Verwaltungspartnerschaften kommen. Die Diplom-Kauffrau arbeitet als Fundraiserin mit Behörden zusammen, die mit den Nachbarländern der EU Verwaltungspartnerschaften bilden. Auch für Griechenland wäre das Instrument der Verwaltungspartnerschaft sinnvoll gewesen, meint Margarita Wiese im Gespräch: „Es gab das Angebot einer EU-Binnenhilfe, welches Griechenland ablehnte. [...] Es braucht schon seine Zeit, die Strukturen und die Gewohnheiten zu ändern. Ich finde es gut, gemeinsam Beratungsansätze zu wählen und zu schauen, was funktioniert und was eben nicht. Dabei muss man natürlich einen langen Atem haben und darf sich auch von Rückschlägen nicht gleich entmutigen lassen.“

*Ein ausführliches Gespräch mit **Margarita Wiese** erscheint demnächst bei Campus-Web. Eine gekürzte Version des vorliegenden Artikels wurde auf **Treffpunkt Europa** erstveröffentlicht.*

Autor: Ansgar Skoda **Bild:** Ansgar Skoda / 24.07.2013

Artikel drucken